

Im Visier

Wenn's dem Esel zu wohl wird

Die Welt blickt teils anerkennend, teils bewundernd, teils neidisch auf Deutschland. Zumindest in Europa ist Deutschland der wirtschaftliche Star. Die Arbeitslosigkeit ist geringer als anderswo, qualifizierte Arbeitskräfte werden knapp. In Europa schrumpft die Wirtschaft, Deutschland wächst weiter, wenn auch langsam. Europäische Staaten versinken im Schuldensumpf, Deutschland gleicht seinen Haushalt aus. Ist das alles nur eine Fata Morgana oder gibt es einen teutonischen Zaubertrank?

Der wirtschaftliche Erfolg fiel Deutschland nicht in den Schoß. Noch zu Beginn des Jahrtausends war Deutschland der „kranke Mann“ in Europa. Das hat sich grundlegend geändert. Allerdings haben die Akteure erst reagiert, als der Zustand des Patienten kritisch wurde. Die rot-grüne Politik hat mit Strukturreformen am Arbeitsmarkt, das richtige Medikament verabreicht. Mit den Hartz-Reformen wurden die Chancen der schwer gebeutelten einfachen Arbeit deutlich verbessert.

Allerdings hat sich die Lage am Arbeitsmarkt erst spürbar entspannt, als die Tarifpartner lohn- und tarifpolitisch wieder zur Vernunft kamen. Der Druck der Globalisierung zwang sie zu einer stärker dezentralen Politik. Betriebliche Bündnisse für Arbeit machten das Tariftkartell löchriger. Davon profitierten die Arbeitslosen. Allerdings hatte Deutschland auch das Glück des Tüchtigen. Im wirtschaftlichen Boom der Schwellenländer avancierte es zum Investitionsgüterhersteller der Welt.

Mehr Markt und mehr Wettbewerb brachte Deutschland wieder auf die Erfolgsspur. Nachhaltige Strukturreformen auf der Angebotsseite sind die richtige Medizin. Verschuldungsgetriebene Nachfragepolitik ist allenfalls ein Strohhalm. Das ist die Erkenntnis des deutschen „Wirtschaftswunders 2.0“. Davon will die große Koalition allerdings nichts wissen. Der Markt ist ihr suspekt, mehr Wettbewerb ist ein Übel. Sie sieht überall nur Marktversagen. Ihre Botschaft ist: Weniger Markt wagen!

Diese Politik ist markt- und wettbewerbsfeindlich. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Agenda 2010 abgewickelt. Eine wirksame Abrissbirne ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Er ist ein Beschäftigungsverbot für einfache Arbeit, vor allem in den neuen Bundesländern. Diese „lohnsatzpolitische Gerechtigkeit“ erhöht die Armut. Der Mindestlohn ist aber auch ein Rettungsschirm für die Tarifpartner. Er tilgt die „weißen Flecken“ in der Flächentariflandschaft, erodiert aber die Tarifautonomie.

Gegen alle ökonomische Vernunft ist auch die Energie-wende. Bei der Reform der Energiepolitik ist der Markt weitgehend verbannt. Auch beim novellierten EEG dominieren Staat und Plan. Eine kostenträchtige Spirale der Intervention aus Regulierungen und Subventionen ist im Gange. Von Effizienz kann keine Rede sein. Die Energie-wende trägt so gut wie nichts zum Klimaschutz bei. Diese Lösung ist auch nicht gerecht. Explodierende Energiepreise treffen Niedriglöhner besonders hart.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird bei der Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung mit Füßen getreten. Die „Rente mit 63“ und die „Mütterrente“ machen die Maßnahmen von Rot-Grün wieder rückgängig. Der richtige Ansatz, die Rente der steigenden Lebenserwartung anzupassen, wird konterkariert. Die Steuer-Beitrags-Schere öffnet sich. Das tut der Beschäftigung nicht gut. Vor allem männliche Facharbeiter profitieren von der „Rente mit 63“. Die reichsten Rentner werden bezuschusst.

Es bewahrheitet sich aufs Neue, die größten wirtschaftspolitischen Fehler werden in wirtschaftlich guten Zeiten gemacht. Übermut tut selten gut, vor allem nicht bei den Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Die offenkundigste ist die demographische Entwicklung. Wir wissen heute schon sehr genau, welche Lasten vor allem auf die Systeme der Sozialen Sicherung zukommen werden. Diese Lasten künftiger Generationen mutwillig zu erhöhen, ist verantwortungslos.

Es ist fraglich, wie lange Deutschland noch von seinen „alten“ Industrien profitieren wird. Der sektorale Strukturwandel macht auch vor Deutschland nicht Halt. Große Teile der industriellen Produktion werden ins Ausland abwandern. Mit ihr werden auch immer öfter Forschung und Entwicklung das Land verlassen. Der Übergang zur dienstleistungsintensiveren Produktion ist für Deutschland auch wegen des übermäßig starken Industriesektors eine echte Herausforderung. Das gilt vor allem dann, wenn die Politik im Dienstleistungssektor mit starken Regulierungen gegen den Markt arbeitet.

Deutschland wird eine weitere Erblast einer irrlichternden Politik schultern müssen. Den Euro einzuführen, bevor Europa einigermaßen real integriert ist, war ein schlimmer Fehler. Anhaltende finanzielle Transfers in die Peripherie sind unvermeidlich. Deutschland wird einer der Hauptzahler sein. Die finanziellen Lasten werden künftigen Generationen wie Mühlsteine am Hals hängen. Wir verspielen die Zukunft unserer Kinder. Alles in allem: Deutschlands schöne Fassade hat Risse. Die Politik verstärkt sie.

Prof. Dr. Norbert Berthold, Würzburg